



News

| research with impact

- i Editorial:  
Der Staat als Besserwisser - Vorsicht bei der Fiskalpolitik**
- i RWI für weitere drei Jahre an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligt**
- i EU-Strukturfonds fördern nicht das Wachstum**
- i RWI-Präsident Christoph Schmidt erhält Gustav-Stolper-Preis**

Nr. 2/2016

# Der Staat als Besserwisser – Vorsicht bei der Fiskalpolitik



Die europäische Wirtschaft hat sich von der tiefen Rezession der Jahre 2008 und 2009 nur schleppend erholt. Vermehrt wurde seither der Ruf nach einer aktiveren Rolle des Staates bei der Glättung von Konjunkturzyklen laut. Dabei hat Deutschland seit Beginn der 1970er Jahre weitgehend auf Versuche zur aktiven fiskalpolitischen Feinsteuerung verzichtet. Stattdessen werden mit den sogenannten „automatischen Stabilisatoren“ bereits fiskalpolitische Instrumente von erheblicher Größenordnung eingesetzt.

Zwei wichtige Argumente sprechen gegen ein zu starkes fiskalpolitisches Engagement des Staates: Zum einen waren die Erfahrungen mit aktiver Konjunktursteuerung in den vergangenen Jahrzehnten äußerst durchwachsen. Zum anderen ist es zunächst sehr wichtig, die Wirtschaftslage empirisch richtig zu beurteilen, um die geeigneten Instrumente zu finden. In der kurzen Zeitspanne, die dafür zur Verfügung steht, ist dies erfahrungsgemäß kaum möglich.

Daher ist es ratsam, nach anderen Wegen zu suchen, um konjunkturelle Schwankungen zu stabilisieren. Diese Maßnahmen sollten zudem von den Unwägbarkeiten dieser Einschätzung möglichst unabhängig sein. Auch deswegen greift die Wirtschaftspolitik mittlerweile hauptsächlich auf eine voraussehbare Geldpolitik zurück, die transparent ist und schnell reagieren kann. Die automatischen Fiskalstabilisatoren werden begleitend eingesetzt.

Diese automatischen Stabilisatoren sind in Deutschland relativ wichtig. Sie sind ein fiskalpolitisches Instrument, das den Unwägbarkeiten der Konjunkturanalyse ausweicht. So steigen beispielsweise während eines Abschwungs die ausgezahlten Arbeitslosenleistungen, während die Steuereinnahmen sinken. Bei einem annähernd symmetrischen Konjunkturzyklus gleichen sich Finanzierungsdefizite und -überschüsse im Zeitverlauf so ungefähr aus.

Allerdings hat vor allem die Rezession in den Jahren 2008 und 2009 gezeigt, dass in bestimmten Ausnahmesituationen ein entschlossenes diskretionäres Eingreifen seitens der Fiskalpolitik zur Stabilisierung beitragen kann. Im Kontext der europäischen Gemeinschaftswährung könnte sich die aktive Fiskalpolitik zwar ebenfalls als vorteilhaft erweisen. Doch damit sie mehr nützt als schadet, sollte sie – wenn überhaupt – nur zur konjunkturellen Glättung eingesetzt werden. Defizitären Wachstumspotenzialen lässt sich mit ihr hingegen nicht begegnen.

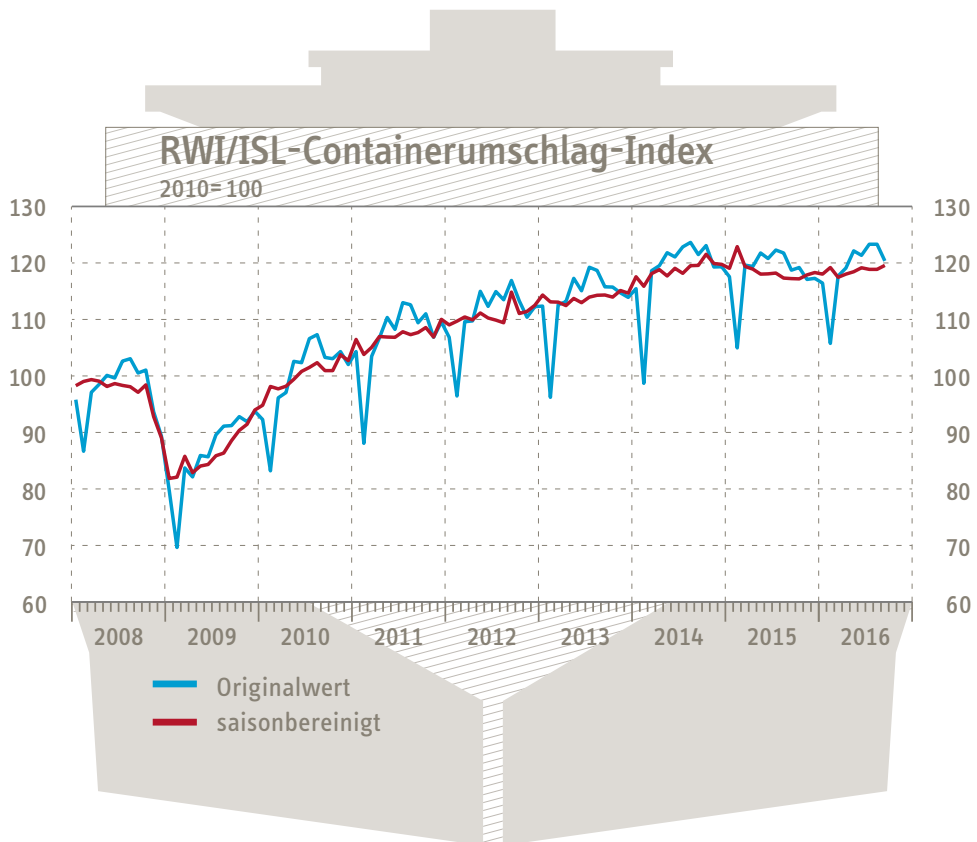
*Christoph M. Schmidt*  
Präsident des RWI

## RWI/ISL-Containerumschlag-Index leicht verbessert

Der Containerumschlag-Index des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) hat sich im September leicht auf 119,5 verbessert von (revidiert) 118,8 im August. Somit wurde der Index für den August um 0,6 Punkte gegenüber der Schnellschätzung nach oben korrigiert. Insgesamt zeigt der Index allerdings weiterhin eine allenfalls mäßige Aufwärtstendenz des Welthandels an und liegt immer noch unter den Werten, die zum Ende des Jahres 2014 beobachtet wurden.

Monat	Originalwert	saison- und arbeitstäglich bereinigt	Trend-Zyklus-Komponente
Jul 16	123,3	118,9	119,0
Aug 16	123,3	118,8	119,1
Sep 16	120,3	119,5	119,3

[www.rwi-essen.de/containerindex](http://www.rwi-essen.de/containerindex)



Eigene Schätzungen nach Angaben für 81 Häfen; September 2016: Schnellschätzung.

## RWI erhöht Konjunkturprognose für 2016 auf 1,9 Prozent

Das RWI erwartet für das Jahr 2016 ein Wirtschaftswachstum von 1,9 Prozent. In den Jahren 2017 und 2018 wird es mit 1,4 und 1,6 Prozent wohl etwas niedriger ausfallen. Die weiterhin hohen Steuereinnahmen werden voraussichtlich zu Überschüssen von 20 Milliarden Euro in diesem Jahr und 19 sowie 24 Milliarden Euro in den Jahren 2017 und 2018 führen. Die Arbeitslosigkeit wird wohl von 6,1 Prozent in diesem Jahr bis 2018 auf 6,3 Prozent steigen. Der wichtigste Grund dafür ist die hohe Zahl an Asylsuchenden und Flüchtlingen, deren Integration in den Arbeitsmarkt zunächst schwierig sein dürfte. Die Weltwirtschaft wird sich wohl leicht beleben. Zwar ist die Lage in den entwickelten Ländern insgesamt uneinheitlich, die nun wieder stabileren Schwellenländer wie China sorgen aber für eine gefestigtere Weltkonjunktur.

Das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung erhöht seine Konjunkturprognose für das Jahr 2016 auf 1,9 Prozent Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Im Juni waren noch lediglich 1,7 Prozent erwartet worden. Die Prognose für das Jahr 2017 wurde von 1,6 auf 1,4 Prozent zurückgenommen, für 2018 werden 1,6 Prozent erwartet. Dass die Rate im kommenden Jahr deutlich unter der im laufenden liegt, ist in erster Linie auf die geringere Zahl von Arbeitstagen zurückzuführen. „Im zweiten Quartal 2016 wechselten die Triebkräfte der Konjunktur allerdings vom Inland zum Außenhandel“, sagt RWI-Konjunkturchef Roland Döhrn. Getragen wird die Expansion wesentlich vom Dienstleistungssektor, in dem auch der überwiegende Teil der neu geschaffenen Arbeitsplätze entstand.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich im ersten Halbjahr 2016 weiter verbessert. Für den Zeitraum bis 2018 sind allerdings gegenläufige Entwicklungen bei Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit zu erwarten: Obwohl sich der Beschäftigungsaufbau voraussichtlich fortsetzt – wenn auch mit etwas geringerem Tempo – ist eine steigende Arbeitslosigkeit zu erwarten. Ursache ist, dass Asylsuchende und Flüchtlinge stärker Zugang zum

### Eckwerte der RWI-Prognose vom 7. September 2016

2016 bis 2018, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2016	2017 <sup>P</sup>	2018 <sup>P</sup>
<b>Bruttoinlandsprodukt<sup>1</sup>, Veränderung in %</b>	1,9	1,4	1,6
<b>Erwerbstätige<sup>2</sup>, in 1 000</b>	43 580	44 000	44 350
<b>Arbeitslose<sup>3</sup>, in 1 000</b>	2.690	2.720	2.820
<b>Arbeitslosenquote<sup>3,4</sup>, in %</b>	6,1	6,1	6,3
<b>Verbraucherpreise, Veränderung in %</b>	0,4	1,6	1,7
<b>Lohnstückkosten<sup>5</sup>, Veränderung in %</b>	1,4	1,8	1,8
<b>Finanzierungssaldo des Staates<sup>6</sup></b>			
in Mrd. €	20	19	24
in % des nominalen BIP	0,6	0,6	0,7
<b>Leistungsbilanzsaldo<sup>7</sup></b>			
in Mrd. €	287	284	284
in % des nominalen BIP	9,2	8,8	8,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - <sup>1</sup>Preisbereinigt. - <sup>2</sup>Im Inland. - <sup>3</sup>Nationale Abgrenzung. - <sup>4</sup>Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - <sup>5</sup>Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - <sup>6</sup>In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - <sup>7</sup>In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - <sup>P</sup>Eigene Prognose.

Arbeitsmarkt erhalten, ihre Integration in Beschäftigungsverhältnisse aber aufgrund qualifikatorischer und sprachlicher Defizite zunächst schwerfallen dürfte. Die Arbeitslosenquote dürfte vor diesem Hintergrund von 6,1 Prozent in diesem Jahr auf 6,3 Prozent im Jahr 2018 steigen.

### **Steigende Inflation, weiterhin hoher Haushaltsüberschuss**

Die Teuerung dürfte um 1,6 Prozent im Jahr 2017 und um 1,7 Prozent im Jahr 2018 zunehmen – nach lediglich 0,4% im Durchschnitt des laufenden Jahres. „Im Prognosezeitraum dürfte zum einen der Effekt der gesunkenen Energiepreise auslaufen, zum anderen werden die gestiegenen Lohnstückkosten voraussichtlich stärker an die Verbraucher weitergegeben“, so Döhrn.

Der Staatshaushalt dürfte bei der hier prognostizierten konjunkturellen Entwicklung weiterhin hohe Überschüsse aufweisen. Das ist Folge der weiter steigenden Staatseinnahmen und der niedrigen, teils sogar negativen Verzinsung von Staatspapieren. Der Überschuss im öffentlichen Haushalt wird wohl 20 Milliarden Euro in diesem Jahr und 19 beziehungsweise 24 Milliarden Euro in den beiden kommenden Jahren betragen.

### **Weltwirtschaft stabiler**

Die Weltwirtschaft hat sich im Verlauf dieses Jahres gefestigt. Besonders in den Schwellenländern, zu denen auch China gehört, hat sich die konjunkturelle Entwicklung stabilisiert. Im Winterhalbjahr war die Wirtschaft in diesen Ländern langsamer gewachsen. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist das Bild nach wie vor recht uneinheitlich. Während sich die Konjunktur in den USA im Verlauf des Jahres etwas belebt hat, nahm das BIP im Euro-Raum und in Japan deutlich langsamer zu als im ersten Quartal. Vor allem die Entscheidung Großbritanniens für den Brexit hat zu neuen Belastungen für die Weltkonjunktur geführt.

☞ Schmidt, T., B. Blagov, R. Döhrn, D. Grozea-Helmenstein, P. Jäger, M. Micheli und S. Rujin (2016), *Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland und im Inland zur Jahresmitte 2016. RWI Konjunkturberichte* 67 (3): 5-64.

✉ [roland.doehrn@rwi-essen.de](mailto:roland.doehrn@rwi-essen.de)

## **Negative Preise an der Strombörse durch Ausbau der erneuerbaren Energien**

*Ambitionierte Ausbauziele für erneuerbare Energien werden in der Zukunft voraussichtlich dazu führen, dass es an der Strombörse wesentlich häufiger negative Preisspitzen geben wird. Mit dem Abschalten der nuklearen Kapazitäten in Deutschland gäbe es hingegen weniger negative Preisspitzen. Das zeigt eine aktuelle Untersuchung des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung für den deutsch-österreichischen Strommarkt.*



In Simulationen der Strom-Großhandelspreise haben Manuel Frondel und Colin Vance unterschiedliche Szenarien für den Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien am Strommix auf 35, 50, 65 oder 80 Prozent berechnet. Die Ergebnisse legen nahe, dass ambitionierte Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien die Häufigkeit des Auftretens von negativen Preisspitzen weiter erhöhen. Im Detail ermitteln die Simulationen, dass ein Anteil von 80 Prozent der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung den Anteil der unprofitablen Handelsstunden zwischen 20 Uhr abends und 8 Uhr morgens steigen lassen würde: für moderne Braunkohlekraftwerke von 8 auf 47 Prozent und für moderne Steinkohlekraftwerke von 39 auf 77 Prozent.

# Aus der Forschung

Ein gleichzeitiger vollständiger Atomausstieg könnte diesen Anstieg auf 20 Prozent für moderne Braunkohlekraftwerke und auf 43 Prozent für moderne Steinkohlekraftwerke begrenzen. Auch ein Ausbau von etwa 10 Gigawatt (GW) an Speicherkapazitäten zur Verlagerung von Strom aus Nacht- in Tagstunden hätte einen dämpfenden Effekt und könnte den Anstieg unprofitabler Handelsstunden auf 25 Prozent für Braunkohle- und 48 Prozent für Steinkohlekraftwerke abmildern.

So genannte „negative Preisspitzen“ haben weitreichende Folgen für das Funktionieren des Strommarkts, weil sie beispielsweise die Profitabilität von Grundlastkraftwerken stark beeinträchtigen können. Obwohl es an der Strombörse European Power Exchange (EPEX) in den vergangenen Jahren vermehrt zu sehr niedrigen und sogar negativen Preisen kam, gibt es bislang nur wenige Analysen, welche die Häufigkeit ihres künftigen Auftretens und die Konsequenzen für konventionelle Kraftwerke untersuchen.

✉ [manuel.frondel@rwi-essen.de](mailto:manuel.frondel@rwi-essen.de)

## RWI für weitere drei Jahre an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligt

Wie am 26. Juli bekannt wurde, wird das RWI auch in den nächsten drei Jahren an der Erstellung der Gemeinschaftsdiagnose beteiligt sein. Das Institut war bei der Ausschreibung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) zur Erstellung der „Gemeinschaftsdiagnose“ zusammen mit dem Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien für den Zeitraum Herbst 2016 bis Frühjahr 2019 erfolgreich. Es ist damit seit 1950 ohne Unterbrechung an der Erstellung der Gemeinschaftsdiagnosen beteiligt. „Wir freuen uns sehr, dass die RWI-Konjunkturforschung mit ihrer Methodik bei der Ausschreibung ein weiteres Mal überzeugen konnte“, kommentierte Roland Döhrn, Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum, Konjunktur, Öffentliche Finanzen“, die Entscheidung des BMWi. Die Laufzeit wird um ein weiteres Jahr verlängert, sobald die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen dafür vorliegen.



Ziel der Gemeinschaftsdiagnose ist die Analyse und Prognose der Entwicklung der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft sowie die Ableitung wirtschaftspolitischer Empfehlungen. Sie wird zweimal im Jahr jeweils im Frühjahr und im Herbst erstellt und liefert eine Referenz für die Projektionen der Bundesregierung.

In den kommenden Jahren werden die Gutachten der Gemeinschaftsdiagnose von folgenden fünf Konsortien erstellt: RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und Institut für Höhere Studien (IHS), ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. (ifo) und KOF Konjunkturforschungsstelle an der ETH Zürich, DIW Berlin - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. und Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle e.V. (IWH) mit Hr. Dr. Andreas Cors und Prof. Dr. Tobias Knedlik als Unterauftragnehmer, Institut für Weltwirtschaft an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (IfW).

✉ [roland.doehrn@rwi-essen.de](mailto:roland.doehrn@rwi-essen.de)

## EU-Strukturfonds fördern nicht das Wachstum



Die EU-Strukturfonds machen in den Etats der Jahre 2014 bis 2020 erstmals den größten Haushaltsposten der Europäischen Union (EU) aus. Eine neue Studie des RWI findet keine positiven Wirkungen des Programms auf das Wachstum. Vielmehr deuten die Effekte darauf hin, dass hoch geförderte Regionen erst strukturelle Probleme überwinden müssten, bevor Wachstumsprogramme wirken können. Eine hohe Förderintensität in der Nachbarschaft beeinflusst das Wirtschaftswachstum der betroffenen Region stark negativ.

Die Europäische Union fördert benachteiligte Regionen mit Milliardensummen. Analysen des RWI zeigen jedoch, dass die Wirtschaft in geförderten Regionen, in denen auch viele Nachbarregionen gefördert wer-

den, deutlich schlechter wächst als in jenen Regionen, die nur wenige oder keine Subventionsempfänger als Nachbarn haben. Da bei vielen vom EU-Strukturfonds unterstützten Regionen auch die Nachbarregionen Subventionen erhalten, fällt die Gesamtbilanz der Förderwirkung negativ aus. So kommt es, dass eines der größten Regionalförderprogramme der Welt, die EU-Strukturfonds, keine positiven Wachstumseffekte bringt. Die regionalen Fördercluster leiden zudem unter struktureller und technologischer Rückständigkeit, die nur durch Reformen beseitigt werden kann.

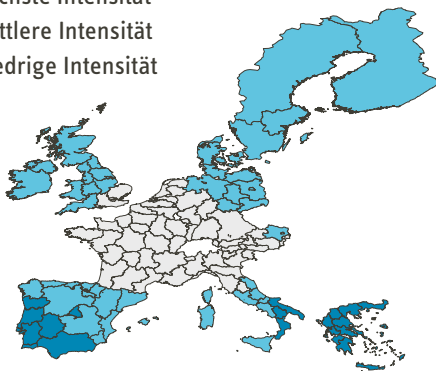
Eine naheliegende Erklärung für den negativen Effekt ist, dass sich benachbarte Regionen gegenseitig private Investoren abwerben. Aus gesamtstaatlicher Sicht ist das fatal: Denn eigentlich hat man sich von der Förderung durch Strukturfonds zusätzliche Impulse erwartet, nicht eine bloße Verschiebung von Impulsen im Raum.

### RWI-Studie liefert verlässliche Evaluation der Gesamtförderwirkung

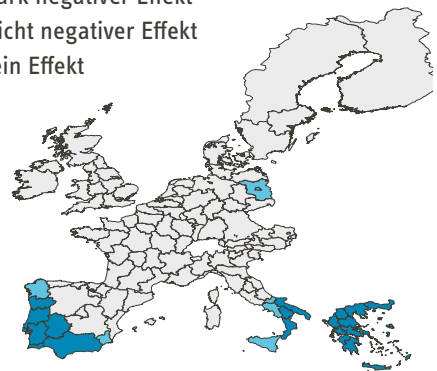
Für die aktuelle Studie nutzten die Wissenschaftler des RWI Daten eines Programms, für das sich Regionen mit einem niedrigen Niveau der Wirtschaftsleistung qualifizieren. Dabei kombiniert das RWI die regionalen Wirtschaftsdaten mit neuen Zahlen zu den tatsächlich

### Regionen mit hoher Förderintensität in der Nachbarschaft wachsen durch die Förderung deutlich schlechter

- höchste Intensität
- mittlere Intensität
- niedrige Intensität



- stark negativer Effekt
- leicht negativer Effekt
- kein Effekt



# Aus der Forschung

gezahlten Subventionen. Bisherige Studien stützten sich hingegen meist auf die (oft nicht in gleicher Höhe umgesetzten) Förderzusagen. Die Ergebnisse der RWI-Forschung sind damit sehr robust und ermöglichen eine verlässliche Evaluation der Gesamtförderwirkung.

Die EU-Strukturfonds sind das größte Regionalförderprogramm weltweit. Ihr Ziel ist es, in strukturell benachteiligten Regionen Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum zu schaffen sowie deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. In der Finanzperiode von 2014 bis 2020 machten sie mit einem Volumen von 450 Milliarden Euro erstmals den größten Posten des gesamten EU-Haushalts (960 Milliarden Euro) aus.

✉ [philipp.breidenbach@rwi-essen.de](mailto:philipp.breidenbach@rwi-essen.de)

## Anzeichen für Immobilienpreisblase bei Wohnhäusern mehren sich

In immer mehr Regionen Deutschlands deutet sich bei den Preisen für Wohnhäuser eine Immobilienpreisblase an. Insbesondere im Norden Deutschlands, etwa Hamburg und Hannover, sind die entsprechenden Preise stärker gestiegen als es die allgemeine Preisentwicklung hätte erwarten lassen. Aber auch in Berlin und München gibt es Anzeichen für übersteigerte Preise für Wohnhäuser. Für Wohnungen lässt sich hingegen kein deutlich gestiegenes Risiko einer Preisblase beobachten. Zu diesen Ergebnissen kommt das dritte regionale Immobilienpreis Monitoring des RWI auf Basis von Daten des Internet-Immobilienportals „ImmobilienScout24“ für den Zeitraum Januar 2007 bis April 2016 auf der Ebene von Arbeitsmarktregionen.

Während sich im vorhergehenden Immobilienpreis Monitoring vom Dezember 2014 nur in 18 der 141 Arbeitsmarktregionen Anzeichen für überhöhte Immobilienpreise für Wohnhäuser zeigten, stieg ihre Zahl bis April 2016 auf 47, was einem Drittel der Arbeitsmarktregionen entspricht. Bei den Wohnungen ist das Risiko einer Immobilienpreisblase hingegen nicht deutlich gestiegen. Die Stärke des Preisanstiegs alleine sagt

jedoch wenig über dessen Nachhaltigkeit aus. Um den Zusammenhang von Einkommensperspektiven und Immobilienpreisen abzubilden, wird daher in der Studie anhand regionaler Preisindizes untersucht, ob es Anzeichen auf eine nicht nachhaltige Preisentwicklung in den einzelnen Arbeitsmarktregionen gibt.

✉ [roland.doehrn@rwi-essen.de](mailto:roland.doehrn@rwi-essen.de)

## Krankenhaus Rating Report 2016: Patient Krankenhaus stabiler, aber nicht fit für die Zukunft

*Die Insolvenzwahrscheinlichkeit deutscher Krankenhäuser ist im Jahr 2014 weitgehend unverändert geblieben, ihre Ertragslage hat sich hingegen verbessert. Nach wie vor ist die Kapitalausstattung der Krankenhäuser jedoch unzureichend, der jährliche Investitionsbedarf wird derzeit nicht erreicht. Die Alterung der Gesellschaft wird zudem zu einem steigenden Bedarf an medizinischen Fachkräften führen. Bei den Gesetzlichen Krankenkassen tut sich eine Kosten-Erlös-Schere auf. Zu diesen und vielen weiteren Ergebnissen kommt die zwölfte Ausgabe des „Krankenhaus Rating Report, der gemeinsam vom RWI, der Institute for Healthcare Business GmbH (hcb) und der Philips GmbH erstellt wurde.*

Die Insolvenzwahrscheinlichkeit deutscher Krankenhäuser ist im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr weitgehend unverändert geblieben. 11 Prozent befanden sich im „roten Bereich“ mit erhöhter Insolvenzgefahr. Ihre Ertragslage hat sich indessen verbessert, die Umsatzrendite stieg von 1,3 auf 1,8 Prozent. Auf Konzernebene schrieben 23 Prozent der Krankenhäuser einen Jahresverlust, 2013 waren es noch 30 Prozent. Aufgrund der verbesserten Ertragslage waren 2014 zudem 54 Prozent der Kliniken voll investitionsfähig. Der jährliche Investitionsbedarf der Krankenhäuser (ohne Universitätskliniken) beträgt mindestens 5,5 Milliarden Euro. Der kumulierte Investitionsstau beträgt rund 28 Milliarden Euro. Bei Fortschreibung des



Status quo von 2014 würde der Anteil der Krankenhäuser mit erhöhter Insolvenzgefahr bis 2020 auf 23 Prozent steigen. Berücksichtigt man die Maßnahmen des Krankenhausstrukturgesetzes (KHSg) ab 2016, dürfte der Anteil mit Insolvenzgefahr (auf Konzernebene) bis 2020 dagegen nahezu konstant bei 12 Prozent bleiben. Zu diesen Ergebnissen kommt der zwölfte „Krankenhaus Rating Report“.

### **Zu viele kleine Einrichtungen, zu wenig Spezialisierung**

In den ostdeutschen Bundesländern war die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser auch im Jahr 2014 wieder am besten. Am schwierigsten war sie in Niedersachsen/Bremen, Baden-Württemberg und Hessen. Auch wenn Verbesserungen zu beobachten sind, bleiben in vielen Regionen die Krankenhausstrukturen ungünstig. Es gibt zu viele kleine Einrichtungen, eine zu hohe Krankenhausdichte und zu wenig Spezialisierung. Gerade ein hoher Spezialisierungsgrad ist jedoch in wirtschaftlicher und qualitativer Hinsicht vorteilhaft.

Bei einer Betrachtung nach Trägern lagen 21 Prozent der öffentlich-rechtlichen Häuser im Jahr 2014 im „roten Bereich“, 10 Prozent der freigemeinnützigen und 3 Prozent der privaten. Damit hat sich die Situation vor allem bei öffentlich-rechtlichen Häusern leicht verschlechtert.

Den „Krankenhaus Rating Report“ haben das RWI, die Institute for Healthcare Business GmbH (hcb) und die Philips GmbH gemeinsam erstellt. Der Report basiert auf einer Stichprobe von 517 Jahresabschlüssen aus dem Jahr 2013. Sie umfassen insgesamt 871 Krankenhäuser mit einem am Umsatz gemessenen Marktanteil von 69 Prozent. Zudem flossen 333 Jahresabschlüsse aus dem Jahr 2014 in die Auswertung ein.

✉ [boris.augurzky@rwi-essen.de](mailto:boris.augurzky@rwi-essen.de)

📖 Augurzky, B., S. Krolow, A. Pilny, C. M. Schmidt und C. Wuckel (2016), *Krankenhaus Rating Report 2016: Mit Rückenwind in die Zukunft?*

## **Höhere Benzinpreise animieren zum Umstieg auf das Rad – aber nur in Städten**

Je höher die Spritpreise, desto mehr Menschen steigen auf das Fahrrad um. Was klingt wie eine Binsenweisheit, haben die RWI-Wissenschaftler Manuel Frondel und Colin Vance nun auch wissenschaftlich belegt. Dem Ergebnis liegen über 16.000 Beobachtungen zum Mobilitätsverhalten der deutschen Haushalte zugrunde. Demnach würde ein um einen Euro höherer Benzinpreis die Nutzung von Fahrrädern um 14,4 Prozent steigen lassen. Neben der Häufigkeit steigt auch die Länge der gefahrenen Strecke. Allerdings würde der Effekt nur in städtischen Räumen auftreten. Auf dem Land, so vermuten die Autoren, sind wohl meist die Entfernungen zu groß, um für einen Umstieg auf das Rad interessant zu sein.

### **Viele Vorteile durch höhere Spritpreise**

„Auf Basis dieser Ergebnisse schlagen wir vor, die Kraftstoffpreise weiter zu erhöhen“, sagen Frondel und Vance. Das hätte gleich mehrere positive Aspekte: weniger Autoverkehr und damit einhergehend weniger Abgase, weniger Lärm, weniger Staus; höhere Steuereinnahmen, die man in die Radinfrastruktur investieren könnte; und schließlich eine gesündere Bevölkerung.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der Fahrradnutzung an der Zahl aller zurückgelegten Wege von heute 10% auf 15% im Jahr 2020 zu erhöhen. Dies ist ein ambitioniertes Ziel angesichts der Tatsache, dass sich die insgesamt mit dem Rad zurückgelegte Strecke zwischen 2000 und 2012 bereits um knapp 50% erhöht hat. Höhere Benzinpreise könnten ein Weg sein, dieses Ziel zu erreichen.

✉ [manuel.frondel@rwi-essen.de](mailto:manuel.frondel@rwi-essen.de)

# Eingeworbene Forschungsaufträge

**Der kausale Effekt von finanziellen Anreizen der Sozialversicherung auf die Arbeitsmarktbeteiligung älterer Arbeitnehmer**

*Auftraggeber: Fritz Thyssen Stiftung*

*Laufzeit: 04/2016–09/2017*

*Ansprechpartner: Dr. Matthias Giesecke*

**Nachfolgestudie zur Analyse der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (Minijobs) sowie den Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns**

*Auftraggeber: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen*

*Laufzeit: 06/2016–11/2016*

*Ansprechpartner: Dr. Ronald Bachmann, Dr. Hanna Frings*

**Verifikation der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Wirtschaft zur Steigerung der Energieeffizienz vom 1.08.2012**

*Auftraggeber: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Bundesministerium der Finanzen, Bundesverband der Deutschen Industrie*

*Laufzeit: 04/2016–11/2016*

*Ansprechpartner: Prof. Dr. Manuel Frondel*

**Indikatorikstudien – Fortentwicklung und optionale Untersuchungen, Fachlos 4: Hochschulbildung und -finanzierung**

*Auftraggeber: Expertenkommission Forschung und Innovation*

*Laufzeit: 09/2016–03/2017*

*Ansprechpartner: Dr. Michael Rothgang*

**Ökonomische Perspektiven des Kunststoffrecyclings - die Rolle des dualen Systems**

*Auftraggeber: Duales System Deutschland*

*Laufzeit: 07/2016–09/2016*

*Ansprechpartner: Dr. Michael Rothgang*

**Auswirkungen der Rettungsprogramme auf die Wettbewerbsfähigkeit der Programmländer Portugal und Irland**

*Auftraggeber: Bundesministerium der Finanzen*

*Laufzeit: 06/2016–12/2016*

*Ansprechpartner: Prof. Dr. Roland Döhrn*

**Gemeinschaftsdiagnose, jeweils im Frühjahr und im Herbst**

*Auftraggeber: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie*

*Laufzeit: 07/2016–06/2019*

*Ansprechpartner: Prof. Dr. Roland Döhrn*

**Projektauvaluierung eines Klimaanpassungsprogramms der GIZ in Marokko**

*Auftraggeber: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)*

*Laufzeit: 08/2016 – 09/2016*

*Ansprechpartner: Dr. Gunther Bensch*

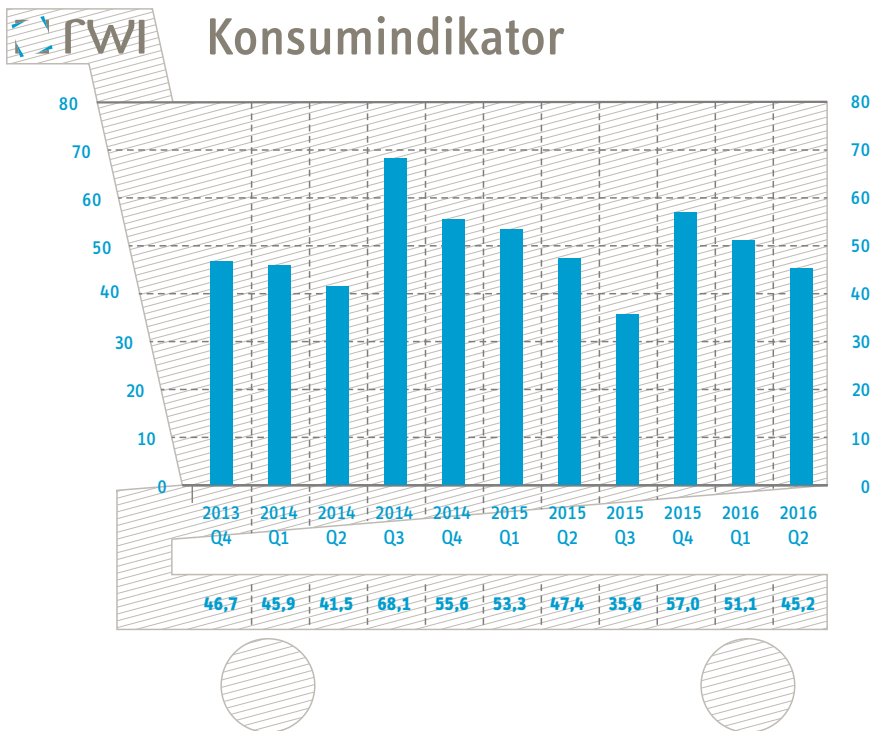
## RWI-Konsumindikator: Privater Konsum verliert an Dynamik

Der private Konsum dürfte im Sommerhalbjahr etwas an Dynamik einbüßen. Darauf deutet der auf Internetdaten basierende RWI-Konsumindikator hin, der für das zweite Quartal 2016 von 57,0 auf 51,1 zurückgegangen ist. Für das dritte Quartal zeichnet sich mit einem Wert von 45,2 ein noch schwächerer Anstieg der privaten Konsumnachfrage ab. Da sie nach wie vor die wichtigste Triebkraft der deutschen Konjunktur ist, dürfte sich daher auch die gesamtwirtschaftliche Expansion insgesamt etwas abschwächen.

Vor allem das internationale Umfeld scheint die konjunkturellen Aussichten einzutrüben. Dazu dürfte auch die Furcht vor den wirtschaftlichen Folgen eines Brexit beitragen. Entsprechend halten sich die Verbraucher

mit größeren Anschaffungen zumindest vorübergehend zurück, auch wenn die Binnenkonjunktur nach wie vor intakt ist und voraussichtlich auch bleiben wird: Die zunehmende Beschäftigung bei steigenden Reallöhnen, die kräftige Anhebung der Altersrenten zur Mitte dieses Jahres sowie die durch die Flüchtlingsmigration induzierten Transfers dürften die verfügbaren Einkommen nochmals deutlich zunehmen lassen und die Expansion der privaten Konsumausgaben stützen. Ausführlichere Informationen hierzu enthält der aktuelle „RWI-Konjunkturbericht“ Heft 2/2016, der unter [www.rwi-essen.de/kb](http://www.rwi-essen.de/kb) im Internet verfügbar ist.

✉ [torsten.schmidt@rwi-essen.de](mailto:torsten.schmidt@rwi-essen.de)



Erklärung: Der RWI-Konsumindikator weist gegenüber dem privaten Verbrauch einen Vorlauf von einem Quartal auf. So deutet beispielsweise ein Rückgang des Indikators von Q1 auf Q2 auf eine Verringerung der Zuwachsrates beim Privaten Konsum im dritten Quartal hin.

## Termine

### Gemeinsamer internationaler Workshop der FOM Hochschule und des RWI in China

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) haben in einer globalisierten Weltwirtschaft mit zunehmendem internationalem Handel im Vergleich zu großen Global Players oft Nachteile, beispielsweise in Bezug auf die Risikokapitalausstattung, das Personal und die Innovationsfähigkeit. Eine Herausforderung für KMU sind auch neue technische Möglichkeiten zur substanziellen Weiterentwicklung der Produktionssysteme, die derzeit unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ diskutiert werden. Viele deutsche KMU produzieren jedoch hoch spezialisierte Waren auf dem Weltmarkt, darunter auch in China.



Prof. Dr. Andreas Oberheitmann und Dr. Michael Rothgang beim Workshop in Tai'an

Mit Unterstützung der Konrad Adenauer Stiftung organisierten die German-Sino School of Business and Technology der FOM Hochschule Essen in Kooperation mit dem RWI und der Shandong Agricultural University (SDAU) am 27. und 28. Mai 2016 in Tai'an an der SDAU einen internationalen Workshop zu den Chancen und Herausforderungen für deutsche und chinesische KMU.

### Chinesische KMU holen auf

Im Rahmen der Hightech-Strategie unterstützt die deutsche Bundesregierung auch KMU durch zahlreiche Maßnahmen. Sowohl in Deutschland als auch in China spielen KMU eine entscheidende Rolle für die Beschäftigung und das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Chinesische Unternehmen investieren zunehmend in Deutschland und anderen Ländern. Derzeit sind dies noch große Unternehmen wie Huawei oder Haier. Doch in Zukunft könnten auch chinesische KMU bereit sein, den großen Unternehmen nach Deutschland zu folgen. Denn chinesische KMU haben auf dem heimischen Markt in vielen Fällen mit der Konkurrenz großer Staatsunternehmen zu kämpfen. So sehen sich deutsche und chinesische KMU der Herausforderung gegenüber, sowohl im inländischen Wettbewerb bestehen, als sich auch auf den globalisierten internationalen Märkten positionieren zu müssen.

### Auswirkungen der Globalisierung

Im Rahmen des Workshops referierte unter anderem Michael Rothgang vom RWI-Kompetenzbereich Umwelt und Ressourcen zu den Innovations- und Forschungsstrategien der KMU in Deutschland. Die Globalisierung wirke sich, so Rothgang, bei den KMU in verschiedenen Sektoren oder Technologiefeldern ganz unterschiedlich aus. Die Innovationspolitik in Deutschland beeinflusse die Bedingungen für Innovationen und könne Impulse für die vorwettbewerbliche Forschung der KMU geben. Damit könne durch eine geeignete Rahmensetzung die Wettbewerbsfähigkeit der KMU gesteigert werden, so Rothgang. Besonders wichtig sei dabei, die F&E-Zusammenarbeit zu fördern, z.B. in Forschungsclustern.

Ergebnis der Konferenz war die Vereinbarung verschiedener gemeinsamer Projekte der FOM, der SDAU und des RWI, unter anderem zum Thema „Industrie 4.0 und KMUs in China und Deutschland“. Mit Unterstützung der Konrad Adenauer Stiftung soll zudem im nächsten Jahr die 2. Annual Sino-German Research Conference on SMEs in Tai'an stattfinden.

✉ [michael.rothgang@rwi-essen.de](mailto:michael.rothgang@rwi-essen.de)

### Essen Health Conference: “Fertility. New Economic Perspectives on an Old Topic.”

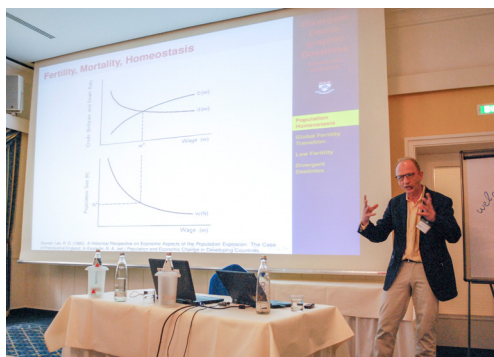
Vom 27. bis 29. Mai fand die diesjährige Essen Health Conference statt. Bereits zum siebten Mal organisierten Martin Karlsson von der Universität Duisburg-Essen und Therese Nilsson von der Universität Lund die erfolgreiche Fachkonferenz, in der gesundheitsökonomische Fragen auf hohem fachlichem Niveau erörtert werden. In mehr als 30 Vorträgen wurden auch dieses Jahr unterschiedliche wissenschaftliche Fragen unter dem Oberthema Fertility – New Economic Perspectives on an Old Topic diskutiert.

Bereits Ende des 18. Jahrhunderts schrieb Thomas Malthus über die ökonomischen Einflüsse und die gesellschaftlichen Konsequenzen der Geburtenrate. Aufgrund rückläufiger Geburtenraten in vielen entwi-

ckelten Ländern in jüngerer Vergangenheit, besonders auch durch verbesserte individuelle Fertilitätskontrolle, erlebt das Thema in jüngster Zeit erneut Interesse. Führende Forscher beschäftigen sich aktuell beispielsweise mit dem Arbeitsmarktverhalten und den Karrieremöglichkeiten von Frauen mit Kindern oder dem Einfluss von Bildung auf die Entscheidung für oder gegen Nachwuchs.

### *Einflussfaktoren für geringe Fruchtbarkeit*

Integraler Bestandteil des Programms sind alljährlich die Vorträge der geladenen Hauptredner. Zu ihnen zählte neben Sonia Bhalotra (University of Essex), Petter Lundborg (Lund University) und Jason Fletcher (University of Wisconsin-Madison) in diesem Jahr auch Hans-Peter Kohler (University of Pennsylvania). Letzterer trug zu möglichen Bestimmungsfaktoren von geringer Fertilität in entwickelten Volkswirtschaften vor



# Fertility.

27 - 29 May 2016  
ESSEN HEALTH  
CONFERENCE



# Termine

und zeigte eine Bandbreite offener Fragen für die zukünftige Forschung auf. Demgegenüber referierte Kasey Buckles (University of Notre Dame) über die Wirksamkeit von Programmen zur Verbreitung von Kondomen an Schulen in den USA, deren eigentliches Ziel die Senkung der Rate von Teenagerschwangerschaften ist. Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass dieses Ziel nur durch professionelle Beratung der Teenager erreicht wird. Erstaunlicherweise kommt es andernfalls mitunter sogar zum gegenteiligen Effekt.

## Erfahrene Wissenschaftler und Nachwuchsforscher

„Die Essen Health Conference hat sich in den vergangenen Jahren zu einer wichtigen Plattform zum Austausch aktueller gesundheitsökonomischer Forschungsergebnisse entwickelt“, resümiert Martin Karlsson zufrieden. „Die Qualität der Einreichungen steigt jedes Jahr. Dabei ist uns neben der Teilnahme vieler erfahrener Wissenschaftler auch besonders wichtig, Nachwuchsforscher unterstützen und fördern zu können.“ Das Konzept wird offensichtlich angenommen. So berichtet Maryna Ivets, Doktorandin der RGS und Konferenzteilnehmerin, dass sie vor allem den frühzeitigen und internationalen Austausch über ihre eigene Forschung im Rahmen der Konferenz zu schätzen wisse.

Für die Konferenz in 2017 laufen die Planungen bereits. Unter dem Oberthema Health and Labour sollen vor allem Erkenntnisse zu den vielfältigen Wechselwirkungen zwischen individueller Gesundheit und dem Arbeitsmarkt ausgetauscht werden. Weitere Informationen können jederzeit im Konferenzbüro erfragt werden unter: [contact.conference@ibes.uni-due.de](mailto:contact.conference@ibes.uni-due.de).

## EEA und VfS:

# Das RWI on tour

Auch in diesem Jahr war das RWI mit einem Stand bei großen ökonomischen Jahrestagungen vertreten. Zunächst Ende August bei der European Economic Association (EEA) in Genf und danach Anfang September beim Verein für Socialpolitik (VfS) in Augsburg. Zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts präsentierten in Vorträgen ihre Forschung. Das Team von der Abteilung Kommunikation informierte außerdem am Stand über das Institut und seine Forschungsschwerpunkte und stand Rede und Antwort zu Diskussionspapieren, der Ruhr Graduate School in Economics (RGS), aktuellen Forschungsprojekten und Karrieremöglichkeiten. Schließlich war der RWI-Stand auch Treffpunkt und Arbeitsplatz für Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer aus dem Institut.



Bitte recht freundlich: RWI-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am RWI-Stand bei der EEA in Genf.

## Wirtschaftsweise international



Wenngleich die politische Unabhängigkeit der „Wirtschaftsweisen“, des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Welt ihresgleichen sucht, haben mehrere Länder ähnliche Gremien. Mit einigen dieser Wissenschaftler traf sich der deutsche Sachverständigenrat am 24. Juni 2016 in Berlin zur „International Conference of Councils on Economic Policy“. In den Räumen des Wirtschaftsministeriums kamen Vertreter aus Finnland, Frankreich, Japan, Kanada, den Niederlanden, Portugal, Spanien und den Vereinigten Staaten zusammen. Die Konferenzteilnehmer diskutierten zunächst Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Aufgaben und Strukturen der Institutionen. Den Schwerpunkt setzten anschließend aktuelle makroökonomische Themen: Zum einen die Herausforderungen für das Wirtschaftswachstum in den entwickelten Volkswirtschaften sowie zum anderen die weltwirtschaftlichen Folgen der Transformationsprozesse in der Volksrepublik China. Die Teilnehmer diskutierten zudem über den Ausgang des Brexit-Referendums im Vereinigten Königreich und dessen wirtschaftliche Folgen.

Das Ziel des Sachverständigenrates ist es, die Zusammenarbeit und den Austausch auf internationaler Ebene zu intensivieren. Ausgangspunkt sind die bereits seit Jahren regelmäßig durchgeführten bilateralen Konsultationen mit dem französischen Conseil d'Analyse Économique.

## Die Herausforderungen der EU

Europas Krisen: Nicht nur der Brexit zeigt, dass die Europäische Union vor zahlreichen Herausforderungen steht. Das wirtschaftliche Wachstum ist gering, und die europäische Integration verliert an Zustimmung. Hohe Flüchtlingszahlen, Terrorismus und politische Instabilität verunsichern die Bevölkerung. Auf der Konferenz des Italian Institute for International Political Studies (ISPI) zu „Growth and the European Union“ diskutierte Christoph M. Schmidt, RWI-Chef und Vorsitzender der Sachverständigenrates dazu mit Tommaso Nannicini, Staatssekretär der Italienischen EU-Ratspräsidentschaft. Die Keynote Speech hielt der französische Wirtschaftsminister Emmanuel Macron, Gastredner war der ehemalige italienische Präsident Giorgio Napolitano.



Von links nach rechts: Tommaso Nannicini, Emmanuel Macron, Giancarlo Aragona, Giorgio Napolitano, Christoph M. Schmidt



Die Teilnehmer der Diskussion (v.l.n.r.): Harald Asel, Achim Steiner, Katrin Göring-Eckardt, Barbara Hendricks, Johan Rockström, Christoph M. Schmidt und Volker Angres

## Woche der Umwelt im Schloss Bellevue

Engeladen von Bundespräsident Joachim Gauck und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), fanden sich am 7. und 8. Juni 2016 rund 13.000 Besucher, Mitwirkende und Aussteller zur „Woche der Umwelt 2016“ im Park von Schloss Bellevue zusammen. Im Rahmen der Veranstaltung diskutierte RWI-Präsident und Wirtschaftsweisen-Vorsitzender Christoph M. Schmidt im Garten von Schloss Bellevue mit Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, der Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt, Johan Rockström (Stockholm Resilience Centre, Universität Stockholm, Träger des Deutschen Umweltpreises 2015) und Achim Steiner, Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) zum Thema „Planetare Leitplanken: Welcher Handlungsrahmen ergibt sich für unsere Ge-

sellschaft?“. In dem Gespräch ging es unter anderem um Ansätze für einen effizienten Klimaschutz und die Herausforderungen der deutschen Energiewende. Bei der Woche der Umwelt lädt der Bundespräsident viele Akteure aus Umwelt- und Naturschutz, wissenschaftliche Einrichtungen, Unternehmen und gesellschaftliche Initiativen, im Garten von Schloss Bellevue zum Erfahrungsaustausch.



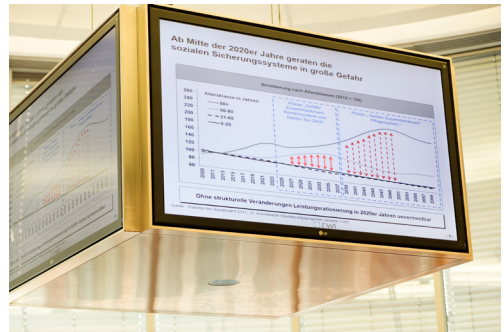
### Die Folgen des demographischen Wandels



Was sind die Herausforderungen der demographischen Entwicklung in Deutschland? Diese Frage behandelte Ansgar Wübker vom RWI in Berlin vor dem gesundheitspolitischen Beirat der Strukturgesellschaft. Schwerpunkt seiner Präsentation waren die regionalen Unterschiede. Im Rahmen der Veranstaltung wurde das Thema „Demographischer Wandel und gesundheitliche Versorgung“ aus Perspektive der Krankenhäuser, der Krankenkassen und der Wissenschaft mit Hilfe verschiedener Vorträge beleuchtet. Den etwa 30 Zuhörern, darunter Bundestagsabgeordnete, Vertreter von Krankenkassen und Krankenhäusern sowie aus der Forschung, erläuterte Wübker insbesondere die Auswirkungen der demographischen Alterung auf die Gesundheitsausgaben und die Optionen der Gesundheitspolitik und der Leistungserbringer, darauf zu reagieren.



Da das Durchschnittsalter der Deutschen steigen und auch in der Medizin der technische Fortschritt voranschreiten wird, werden auch die Gesundheitsausgaben weiter steigen, erläuterte Wübker. Höhere Beiträge oder Rationierungen seien politisch wohl schwer durchsetzbar. Deshalb schlug der Gesundheitsökonom ein „regionales Benchmarking“ vor. Aus Vergleichen zwischen Regionen ließen sich Maßnahmen ableiten, die dem Gesundheitssektor ein großes Einsparpotential bringen könnten.



Zudem empfiehlt der RWI-Wissenschaftler, die evidenzbasierte Medizin zu stärken. Ärzte sollten darin weitergebildet und für ihre Anwendung belohnt werden. Patienten sollten zudem stärker aufgeklärt werden, etwa mit Listen über empfehlenswerte und fragwürdige Behandlungen. Schließlich sollte die Situation in unterversorgten Regionen verbessert werden, einerseits mit Anreizen für Mediziner und andererseits mit Angeboten für Telemedizin.

# Publikationen

## RWI Impact Notes

*RWI Impact Notes sind kurze Policy Briefs, die Forschungsergebnisse kurz und knapp für Entscheidungsträger oder Medienvertreter zusammenfassen.*

[www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-impact-notes/](http://www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-impact-notes/)

**Ernüchternde Bilanz der EU-Strukturfonds (Juli 2016)**

**Adipositas: Gesellschaftliche Kosten und Therapiemöglichkeiten (Juli 2016)**

**Less public investment due to an aging population (August 2016)**

## RWI Materialien

*RWI Materialien enthalten z.B. wissenschaftliche Diskussionsbeiträge, Gutachten und Stellungnahmen zu wirtschaftspolitischen Themen sowie Dokumentationen.*

[www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-materialien/](http://www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-materialien/)

**Heft 107 Döhrn, R. und B. Filusch**

*Die Gemeinschaftsdiagnosen - Ursprung und Entwicklung, Probleme und Ergebnisse*

**Heft 106 Bredtmann, J., S. Otten und C. Vonnahme**

*Der Einfluss linguistischer Diversität innerhalb von Schulklassen auf den Bildungserfolg von Schülern mit deutscher und nichtdeutscher Muttersprache*

**Heft 105 Andor, M., M. Frondel, M. Guseva und S. Sommer**

*Diskussionspapier: Zahlungsbereitschaft für grünen Strom: Zunehmende Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit*

**Heft 104 Augurzky, B., C. Bünnings, S. Dördelmann, W. Greiner, L. Hein, S. Scholz und A. Wübker**

*Die Zukunft der Pflege im Krankenhaus*

**Heft 103 Andor, M., M. Frondel, K. Neuhoff, S. Petrick und S. Rüster**

*Diskussionspapier: Klimaschutzpolitik in Europa: Wie kann ein Politikmix gestaltet werden?*

**Heft 102 Bauer, T. K., F. Beyer, J. Bredtmann, S. Otten, J. Piel, K. Sabisch und M. Stroka**

*Die Auswirkungen von Familienarbeit auf die Arbeitsmarktpartizipation, das (Alters-) Einkommen und die Gesundheit von Frauen: Eine empirische Analyse*

**Heft 101 Hentschker, C., R. Mennicken, A. Reifferscheid, D. Thomas, J. Wasem und A. Wübker**

*Der kausale Zusammenhang zwischen Zahl der Fälle und Behandlungsqualität in der Krankenhausversorgung*

**Heft 100 Stroka, M. und R. Linder**

*Diskussionspapier: Informelle Pflege und Arbeitsmarktpartizipation*

**Heft 99 Eilers, L. und A. Pilny**

*The Effect of Financial Incentives on Weight Loss. Documentation of Data from a Randomized Experiment*

## RWI Projektberichte

Das RWI übergibt seine Zwischen- und Endberichte von Gutachten, Stellungnahmen usw. als RWI Projektberichte an den jeweiligen Auftraggeber. Nachdem sie vom Auftraggeber freigegeben wurden, stehen diese als kostenloser pdf-Download zur Verfügung.

[www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-projektberichte/](http://www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-projektberichte/)

RWI und PCG Project Consult GmbH (2016), **Betriebsgründungen und attraktive Arbeit im Handwerk - Projektbericht zum Forschungsvorhaben der Enquetekommission VI des nordrhein-westfälischen Landtags.**

RWI (2016), **Stellungnahme zum Antrag „Wirtschaftspolitische Kehrtwende endlich einleiten“ - Stellungnahme zur Anhörung des Landtagsausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk am 7. September 2016.**

RWI (2016), **Kompass Kommunalfinanzen - Finanzpolitische Profile der Städte und Gemeinden im Bezirk der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer.**

RWI (2016), **Employment and Income Effects of Improved Cook Stove and Pico-Solar Interventions.**

RWI, DIW, ifo Institut, IfW und IWH (2016), **Empirische Messung der Aufkommenselastizität der veranlagten Einkommensteuer in Relation zu den Unternehmens- und Vermögenseinkommen.**

RWI (2016), **Ländervergleich Nordrhein-Westfalen - Indikatoren der industriellen Entwicklung. Forschungsprojekt im Auftrag der FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen.**

RWI (2016), **Investitionsbarometer NRW. Forschungsprojekt im Auftrag der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen.**

## Ruhr Economic Papers

Ruhr Economic Papers werden von den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Bochum (RUB), Dortmund (TUD) und Duisburg-Essen (UDE) sowie dem RWI gemeinsam herausgegeben. Die RGS Econ (RGS) ist Mit-Herausgeber.

[www.rwi-essen.de/rep](http://www.rwi-essen.de/rep)

**#642 Klein, M. (TUD)**

*Austerity and Private Debt*

**#641 Giesecke, M. und Yang, G.**

*Are Financial Retirement Incentives More Effective if Pension Knowledge is High?*

**#640 Heger, D. und I. Kolodziej (RUB, RWI)**

*Changes in Morbidity over Time - Evidence from Europe*

**#638 Stroka-Wetsch, M., A. Talmann und R. Linder (RUB, RWI)**

*Does Competition in the Out-Patient Sector Improve Quality of Medical Care? - Evidence from Administrative Data*

**#637 Beckmann, J. und R. Czudaj (RUB, UDE)**

*The Impact of Uncertainty on Professional Exchange Rate Forecasts*

**#636 Gerster, A. (RGS, RWI)**

*Negative Price Spikes at Power Markets - The Role of Energy Policy*

**#635 Bensch, G., J. Kluge und J. Stöterau (RWI)**

*The Market-Based Dissemination of Modern-Energy Products as a Business Model for Rural Entrepreneurs - Evidence from Kenya*

**#634 Sprenger, J. (RUB)**

*Financial Literacy - A Barrier to Seek Financial Advice but not a Shield Against Following it*

# Publikationen

**#633 Rzepka, S. (RUB, RWI)**

*Labor Market Returns to College Education with Vocational Qualifications*

**#632 Hentschker, C. und A. Wübker (RUB, RWI)**

*The Impact of Technology Diffusion in Health Care Markets – Evidence from Heart Attack Treatment*

**#631 Kelle, M. (UDE)**

*Wage Growth, Urbanization, and Firm Characteristics – Evidence for Germany*

**#630 Okoampah, S. (RGS, UDE)**

*Estimating Earnings Assimilation of Immigrants to Germany – Evidence from a Double Cohort Model*

**#629 Okoampah, S. (RGS, UDE)**

*Cohort Size Effects on Wages, Working Status, and Work Time*

**#628 Peters, J. (RWI)**

*Infrastructure and Poverty in Sub-Saharan Africa – A Review*

**#627 Frondel, M. und C. Vance (RUB, RWI)**

*Cycling on the Extensive and Intensive Margin – The Role of Paths and Prices*

**#626 Sprenger, J. (RUB)**

*Explanations or Advice – The Impact of Financial Literacy on Information Acquisition Behavior*

**#625 Kussel, G. (RUB, RWI)**

*Adaptation to Climate Variability – Evidence from German Households*

**#624 Vomhof, M. (UDE)**

*Hospital Competition with Heterogeneous Patient Groups – Incentives and Regulation*

**#623 Belke, A. und D. Gros (UDE)**

*Optimal Adjustment Paths in a Monetary Union*

**#622 Belke, A., C. Dreger und I. Dubova (RGS, UDE)**

*On the Exposure of the BRIC Countries to Global Economic Shocks*

**#621 Belke, A. und J. Klose (UDE)**

*Equilibrium Real Interest Rates and Secular Stagnation – An Empirical Analysis for Euro Area Member Countries*

**#620 Hanck, C. und J. Prüser (RGS, UDE)**

*House Prices and Interest Rates – Bayesian Evidence from Germany*

**#619 Grimm, M. und J. Peters (RWI)**

*Solar Off-Grid Markets in Africa – Recent Dynamics and the Role of Branded Products*

**#618 Kramer, A. und M. Tamm (RUB, RWI)**

*Does Learning Beget Learning Throughout Adulthood? Evidence from Employees' Training Participation*

**#617 LeSage, J. P., C. Vance und Y. Chih (RWI)**

*A Bayesian Heterogeneous Coefficients Spatial Autoregressive Panel Data Model of Retail Fuel Price Rivalry*

**#616 Roller, C., M. Stroka-Wetsch und R. Linder (RUB, RWI)**

*Informal Care Provision and Work Disability Days*

## Aus der Universität Duisburg-Essen

### Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China Tagungsbericht zum Jahreskolloquium des Arbeitskreises Europäischer Integration



Zwei Tage lang drehte sich beim von ad Personam Jean Monnet Professor Dr. Ansgar Belke organisierten Jahreskolloquium des Arbeitskreises Europäischer Integration (AEI) alles um die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Volksrepublik China. Der Fokus lag dabei auf der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit. Davon ausgehend analysierten die Referenten Potentiale und Herausforderungen für weiterführende Kooperationen. Wesentliches Streitthema zwischen der EU und China sind demnach die unterschiedlichen Einstellungen zum Thema Menschenrechte, während die Chancen vor allem in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit liegen.

### *Chinas Chancen, Chinas Macht*

AEI-Vorsitzender Peter-Christian Müller-Graff führte in die Veranstaltung ein und stellte vor allem die Möglichkeiten Chinas mit seiner rasanten wirtschaftlichen

Entwicklung heraus. Er hob gleichzeitig die wachsende außenpolitische Macht Chinas hervor, verwies allerdings auch auf die Herausforderungen im wirtschaftlichen und politischen Bereich.

Welche Rolle spielt der US-Dollar für die chinesische Finanz- und Wirtschaftspolitik? Diese Frage behandelte Gunther Schnabel in seinem Vortrag. Zusätzlich zur großen internationalen Bedeutung der US-Währung ist der chinesische Renminbi auch noch an den Dollar gebunden. Das gibt dem Land und damit der ganzen Region Stabilität, erhöht aber auch die Abhängigkeit und erschwert die Finanzpolitik.

### *Auswirkungen auf die EU*

Heribert Dieter beleuchtete die potentiellen Auswirkungen einer Wirtschaftskrise in China auf die Europäische Union. Die Gefahr einer Krise sieht er besonders wegen des Immobilienbooms in der Volksrepublik. Im Immobiliensektor erkennt Dieter eine Situation vergleichbar der in Spanien vor der Krise. Sollte es in China zur Wirtschaftskrise kommen, sei auch die EU von der sinkenden Nachfrage aus der Volksrepublik betroffen.

### *Die Menschenrechtsfrage*

China und Menschenrechte – ein Thema, das in Politik und Medien immer wieder diskutiert wird, behandelte Frédéric Krumbein. Er stellte die Frage, welche Einflussmöglichkeiten die Europäische Union überhaupt hat. Maßnahmen wie Sanktionen, UN-Resolutionen und auch den Menschenrechtsdialog hält Krumbein für eher wirkungslos. Ein wirksamer Kampf für Menschenrechte könne nur von innen kommen, die Staaten der EU könnten aber die entsprechenden Akteure fördern.

Als „ausbaufähig“ sieht Marc Bungenberg den Rechtsrahmen zwischen der EU und China im Bereich der Freihandels- und Investitionsschutzabkommen an. Zwar gebe es Abkommen zwischen einzelnen EU-Staaten und der Volksrepublik, der multinationale Rechtsrahmen zwischen der EU und China sei aber derzeit von der Welthandelsorganisation WTO und dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) geprägt.

# Aus den Ruhrgebiets-Universitäten



## Kommt der Durchbruch in der internationalen Klimapolitik?

Welche Erfolgsaussichten hat die internationale Klimapolitik? Mit dieser Frage beschäftigte sich die Ruhr Graduate Summer School der Ruhr Graduate School of Economics (RGS), die vom 19. bis zum 23. September 2016 zum 12. Mal an der Universität Duisburg-Essen (UDE) stattfand.

Der Klimaschutz gehört zu den größten globalen Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Klimapolitische Maßnahmen verursachen Kosten, die überwiegend auf nationaler Ebene anfallen. Der damit verbundene Nutzen durch eine verhinderte oder zumindest gebremste globale Erwärmung kommt jedoch allen Ländern zugute. Während Deutschland seine Energiewende weiter vorantreibt, sind andere Länder deutlich weniger konsequent. Erst seit kurzem sind auch die großen Volkswirtschaften USA und China bereit, ihre internationale klimapolitische Verantwortung stärker wahrzunehmen. Die Erfolgsaussichten der internationalen Klimapolitik sind damit deutlich gestiegen.

Prof. Dr. Volker Clausen, Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, hatte erneut renommierte Kollegen für den einwöchigen Workshop gewonnen: Edward Balistreri von der Colorado School

of Mines, USA, und Christoph Böhringer von der Universität Oldenburg. Auch die Gäste waren international – sie kamen überwiegend aus dem europäischen Ausland, darunter auch Vertreter aus Ministerien und Forschungsinstituten. „Die Mischung aus Grundlagenforschung und wissenschaftlicher Politikberatung macht den besonderen Reiz der Summer School aus“, so Clausen.

Die Teilnehmer verwendeten allgemeine Gleichgewichtsmodelle, die ihnen helfen, Kosten, Nutzen sowie Auswirkungen abzuschätzen. „Ein Teilnehmer reiste extra aus Kasachstan an; er evaluiert dort klimapolitische Maßnahmen in Weltbankprojekten mit den Gleichgewichtsmodellen. Dies unterstreicht die Relevanz der Methode und auch die globale Bedeutung der diskutierten Themen“, sagte Clausen.

Die RGS ist ein Promotionsprogramm in der Volkswirtschaftslehre und wird von den Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen sowie dem RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung gemeinsam getragen.

## RWI-Präsident Christoph Schmidt erhält Gustav-Stolper-Preis

RWI-Präsident Prof. Dr. Christoph M. Schmidt ist mit dem Gustav-Stolper-Preis 2016 des Vereins für Socialpolitik (VfS) ausgezeichnet worden. Mit dem Preis ehrt die renommierte Vereinigung deutschsprachiger Ökonomen hervorragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die mit Erkenntnissen wirtschaftswissenschaftlicher Forschung die öffentliche Diskussion über wirtschaftliche Zusammenhänge und Probleme beeinflusst und wichtige Beiträge zum Verständnis und zur Lösung ökonomischer Probleme im internationalen Vergleich geleistet haben.

Christoph Schmidt habe insbesondere auf dem Gebiet der Arbeitsmarktökonomik und der angewandten Wirtschaftspolitik die wirtschaftspolitische Debatte beeinflusst, sagte die Vorsitzende des VfS, Prof. Dr. Monika Schnitzer bei der Preisverleihung. Er verstehe es, ökonometrische und wirtschaftspolitische Analysen pointiert zu vermitteln und scheue auch nicht vor deutlicher Kritik an aktuellen politischen Maßnahmen zurück, so Schnitzer. So habe er sich zuletzt

beim Mindestlohn, bei der Debatte zur Ungleichheit in Deutschland oder beim Brexit deutlich positioniert und setze sich seit vielen Jahren sehr für eines der zentralen Anliegen des Vereins ein: die stärkere Evidenzbasierung der Wirtschaftspolitik.

### *Schmidt: Auszeichnung belegt überzeugende Arbeit des RWI*

Schmidt bedankte sich für den Preis und erklärte: „Ich freue mich ungemein über diese Auszeichnung und sehe sie auch als Beleg dafür, dass das RWI als Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft deren Mission ‚theoria cum praxi‘ in überzeugender Weise umsetzt.“ Zudem dankte er seinen akademischen Lehrern und Wegbegleitern, dem gesamten Team am RWI und insbesondere seinen Kollegen im Vorstand des Instituts, „ohne die meine Leistungen und die des Instituts niemals möglich gewesen wären“.

Christoph M. Schmidt erhielt den Preis im Rahmen der Jahrestagung des VfS, die vom 4. bis 7. September in Augsburg stattfand. Benannt ist die Auszeichnung nach dem österreichischen Volkswirt, Wirtschaftsjournalisten und Politikberater Gustav Stolper (1888 bis 1947).

## RWI heißt jetzt „RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung“



Leibniz-Institut für  
Wirtschaftsforschung

Das RWI hat sich umbenannt. Anfang Juni hatte die Mitgliederversammlung den neuen Namen beschlossen, seit dem 17. August ist er im Vereinsregister eingetragen und damit rechtskräftig. Aus dem „Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)“ ist somit das „RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung“ geworden. Mit dem neuen Namen macht das Institut seine Zugehörigkeit zur Leibniz-Gemeinschaft noch deutlicher. Der neue Name wird Schritt für Schritt auch in der Außendarstellung des Instituts umgesetzt.

### **RWI-Vizepräsident Thomas Bauer zum Vorsitzenden des SVR Integration und Migration gewählt**



RWI-Vizepräsident Prof. Dr. Thomas K. Bauer hat den Vorsitz des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) übernommen. Er wurde am 7. September von den Mitgliedern des Sachverständigenrats einstimmig gewählt. Bauer rückt für die frühere SVR-Vorsitzende Prof. Dr. Christine Langenfeld nach, die im Juli zur Richterin des Bundesverfassungsgerichts gewählt wurde. Er gehört dem unabhängigen wissenschaftlichen Expertengremium seit dem 1. September 2011 an. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören die ökonomische Migrationsforschung und die empirische Bevölkerungs- und Arbeitsmarktökonomik.

Dem Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration gehören sieben Stiftungen an. Er geht auf eine Initiative der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung zurück. Der SVR ist ein unabhängiges und gemeinnütziges Beobachtungs-, Bewertungs- und Beratungsgremium, das zu integrations- und migrationspolitischen Themen Stellung bezieht und handlungsorientierte Politikberatung anbietet.

### **RWI-Jahresbericht 2015 „Fokus Migration“**

Migration bewegt – mittlerweile leben dem International Migration Report der Vereinten Nationen zufolge rund eine Viertelmilliarde Menschen in einem anderen als ihrem Geburtsland. Die meisten von ihnen haben in den ärmeren Ländern der Welt Zuflucht gefunden. Für alle hat ihre Migration weitreichende persönliche Folgen. Auch die ökonomischen Konsequenzen sind vielschichtig, sowohl für die Wandernden selbst als auch für die Ursprungs- und Zielländer.



Die Forschung zu diesem Themenkomplex ist schon seit längerem ein Schwerpunkt des RWI. Im aktuellen Jahresbericht wird er weiter vertieft, nicht zuletzt angesichts der stark gestiegenen Zuwanderung nach Deutschland. Aktuelle Forschungsprojekte befassen sich mit der ökonomischen und sozialen Integration von Migrantinnen und Migranten und mit den Konsequenzen von Migration für ihre Herkunftsländer.

Neben diesem Schwerpunktthema bietet der neue Jahresbericht wie gewohnt ausführliche Einblicke in die gesamte Arbeit des RWI. Er enthält Informationen zu Forschungsprojekten und wissenschaftlichen Veröffentlichungen aller Kompetenzbereiche, sowie über Aktivitäten des Forschungsdatenzentrums Ruhr am RWI und der Ruhr Graduate School in Economics.



## eRWIscht...



*... bei einer ziemlich guten Prognose des staatlichen Finanzierungssaldos in Deutschland hat FOCUS ECONOMICS die RWI-Wissenschaftler um György Barabas und Heinz Gebhardt. Und diese Prognose war nicht einfach nur ziemlich gut – sie war die beste in Deutschland. Deshalb dürfen sich die RWI'ler nun „#1 Fiscal Balance Forecaster – Germany“ nennen. Herzlichen Glückwunsch!*

## Gedankenaustausch am Cappenberger See



Frage, inwieweit Flüchtlingsunterkünfte in der Nachbarschaft die Mietpreise beeinflussen über die Wirkungsweise verhaltensökonomischer Interventionen auf den Energieverbrauch bis hin zu Auswirkungen von Rentenreformen auf Geburtenzahlen. Insgesamt 24 RWI'ler, 17 Doktoranden und 7 Postdocs, waren in die Jugendherberge am Cappenberger See in Lünen gereist. Die traditionelle Seminarwanderung führte die Gruppe zum Schloss Cappenberg.

Akustisch untermalt von den Proben einer Musikklasse präsentierten die RWI-Doktorandinnen und Doktoranden den Teilnehmern bei der Sommer-Ausgabe des „Therapy Seminars“ am 8. und 9. Juni ihre neuesten Forschungsvorhaben. Diese reichten von der

## Neu im RWI ...



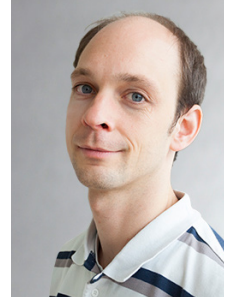
**Boris Blagov** studierte in Magdeburg und Bonn Wirtschaftswissenschaften. Er promovierte 2015 an der Hamburg Graduate School of Economics zum Thema „Four essays in Markov-switching DSGE and Markov-switching VAR models“. Blagov arbeitete für das Infas Institute,

war Gastforscher an der Estnischen Zentralbank, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hamburg und Lehrbeauftragter an der Leuphana University Lüneburg. Seit August 2016 ist Boris Blagov wissenschaftlicher Mitarbeiter im Kompetenzbereich „Wachstum, Konjunktur, Öffentliche Finanzen“ des RWI.

**Magdalena Franke** studierte Kommunikations-Design mit dem Schwerpunkt Grafik an der Fachhochschule Dortmund. Die Diplom-Designerin war bei einem mittelständischen Unternehmen für die Printmediengestaltung zuständig und arbeitete danach als Art-Direktorin einer Kommunikationsagentur. Seit 2014 ist sie selbständige Grafik-Designerin im Bereich Konzeption und Gestaltung visueller Medien, seit 2016 zusätzlich in der Grafik-Abteilung des RWI.



**Jörg Schäfer** studierte Geographie mit dem Schwerpunkt Wirtschaftsgeographie an der Eberhard Karls Universität Tübingen und der Université des Sciences et Technologies de Lille. Er schrieb als freier Journalist für eine Tübinger Lokalzeitung und absolvierte ein PR-Volontariat in der Pressestelle der Universität Tübingen. Der Diplom-Geograph war bis März 2016 Online-Redakteur bei Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg und ist seit Juli 2016 Pressereferent am RWI.



## „Was macht eigentlich...“



### ... Simeon Vosen?

Simeon Vosen ist seit 2016 Senior Analyst im Market Operations Team der Uniper Global Commodities in Düsseldorf. Vor der Aufspaltung von E.ON und Uniper war er seit 2014 in gleicher Funktion bei E.ON tätig. Sein Verantwortungsbereich umfasst die Analyse und Prognose globaler makroökonomischer Entwicklungen als Grundlage für Strategie, Asset-Bewertung und Risikomanagement.

Von 2008 bis 2013 war er Wissenschaftler im Kompetenzbereich „Wachstum und Konjunktur“ am RWI; 2012 wurde er an der Ruhr-Universität Bochum promoviert.

**1.) Was haben Sie aus Ihrer Arbeit am RWI für Ihre jetzige Tätigkeit gelernt?**

*Wie man das theoretische und ökonomische Wissen aus dem Studium auf praxisrelevante Fragestellungen anwendet.*

**2.) Was haben Sie aus Ihrer Zeit am RWI noch am deutlichsten in Erinnerung?**

*Am meisten Spaß gemacht haben die Gemeinschaftsdiagnosen. Aber auch die Konferenzen waren toll, insbesondere die mit attraktivem „Rahmenprogramm“ (Schottland, Kreta, Seoul).*

**3.) Wie unterscheidet sich das, was Sie jetzt tun, von Ihrer Arbeit am Institut?**

*Ich betreibe jetzt keine wissenschaftliche Forschung mehr, sondern bin eher mit der Vorbereitung von konkreten Trading- und Hedging-Entscheidungen befasst. Inhaltlich hat sich mein Fokus stark auf die Währungs- und Rohstoffmärkte verschoben.*

**4.) Was ist aus Ihrer Sicht die größte Herausforderung, die zukünftig auf die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute zukommen wird?**

*Dazu habe ich leider keine qualifizierte Meinung.*

**5.) Auf welche Frage würden Sie gerne einmal antworten?**

*Dass der FC Bayern einmal fester Bestandteil der 2. Bundesliga werden würde, hätten Sie vor 10 Jahren auch noch nicht für möglich gehalten, oder?*

## **RWI News** **Nr. 2/2016 (Oktober)**

Herausgeber:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung  
Hohenzollernstraße 1–3  
45128 Essen

Fon: 0201-8149-0, Fax: 0201-8149-200

[rwi@rwi-essen.de](mailto:rwi@rwi-essen.de)

[www.rwi-essen.de](http://www.rwi-essen.de)

Alle Rechte vorbehalten

Redaktion: Jörg Schäfer (Tel. -244), Sabine Weiler (V.i.S.d.P.)

Layout: Daniela Schwindt

Bildnachweis: Sven Lorenz (2, 24), Julica Bracht (5, 6), Zhang Bei (12),  
Ieva Sriubaite (13), Sabine Weiler (14), Anja Blumentritt (15), ISPI (15),  
David Ausserhofer (16), Nils aus dem Moore (17), Ansgar Belke (21),  
Volker Clausen (22), Daniela Schwindt (24, 26), Thorben Korfhage (25),  
Magdalena Franke (26), Simeon Vosen (27)

ISSN 1612-3581